Basel, 30. August 1919. № 35 XIX. JAHRGANG

SCHWEIZ·KONSUM-VEREIN

ORGAN DES VERBANDES SCHWEIZ·KONSUMVEREINE (V·S·K·)

REDAKTION UND ADMINISTRATION : BASEL, THIERSTEINERALLEE 14
DRUCK UND VERLAG : VERBAND SCHWEIZ·KONSUMVEREINE (V·S·K·)

Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt.

Nachfrage.

Die **Konsumgenossenschaft Gstaad und Umgebung** sucht auf Ende Oktober eine tüchtige **Verkäuferin,** deutsch und französisch sprechend, für selbständig, in unsern Laden in Gstaad. Es wollen sich nur solche melden, die schon ähnliche Stellen versehen haben. Offerten mit Zeugnissen, wenn möglich mit Photographie und Lohnansprüchen sind zu richten an Karl Voegtlin, Präsident der Konsumgenossenschaft.

Stellen-Anzeiger.

Inserate für den Stellenanzeiger müssen jeweilen spätestens bis Mittwoch mittags 12 Uhr im Besitze der Redaktion sein.

Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.)

Buchdruckerei

Wir empfehlen uns zur Anfertigung von

Briefbogen und Couverts
Memorandum, Sitzungskarten, Einkaufsbüchlein

Prompte und gute Ausführung aller Aufträge

Durch

stetige und teure Reklame

drängen die Privatfirmen ihre Marken auf.

Durch

genossenschaftliche Schulung

werden die Produkte mit der Schutz-Marke des V. S. K. eingeführt.

Die Vereinsverwaltungen werden höfl. ersucht, Artikel mit der Schutz-Marke V. S. K. ihren Mitgliedern zu empfehlen, besonders folgende:

Lederfett „Union“

Schuhcrème „Union“

Waschpulver „Union“

Gute Schuhe

sind heutzutage eine doppelt wertvolle Sache, denn alle Reparaturen sind teuer, und Neuanschaffungen belasten das Budget in empfindlicher Weise.

Die Schuhfabrik der organisierten Konsumenten

macht es sich zum Prinzip, gutes Material gut zu verarbeiten. Die Solidität der aus der

Schuhfabrik des V·S·K

in Basel hervorgehenden Produkte ist denn auch unbestritten und eine der Ursachen des wachsenden Erfolges dieses Genossenschaftsbetriebes. Man verlange in den Schuhmagazinen der Verbandsvereine die Produkte der eigenen Fabrik. Wo keine Schuhwaren geführt werden, verlange man von der Verwaltung des betreffenden Vereins den illustrierten Schuhwarenkatalog, wo jedermann etwas Passendes finden wird.

SCHWEIZ·KONSUM-VEREIN

ORGAN DES VERBANDES SCHWEIZ·KONSUMVEREINE (V·S·K)

XIX. Jahrgang | Basel, den 30. August 1919 | No. 35

Wöchentlich erscheint eine Nummer von 8—16 Seiten Text.

Abonnementspreis: Fr. 4.40 per Jahr, Fr. 3.— per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 7.— per Jahr.

Redaktion: Dr. Henry Faucherre.

Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel. Für denselben Dr. Oscar Schär.

Inhalts-Verzeichnis:

Der Stand der Lebenskosten in den Schweizer Städten am 1. Juli 1919. — Von den unbedenklichen „wirtschaftlichen" Führern. — Eine genossenschaftliche Möbelfabrik. — Ein mittelständisches Urteil. — Das eidgenössische Ernährungsamt. — **Volkswirtschaft:** Butterpreis und Butterversorgung. — **Aus der Praxis.** — **Bewegung des Auslandes:** Italien. — **Sprechsaal:** Stimmungsäusserungen zum letzten Generalstreik. — **Aus unserer Bewegung:** Oerlikon, Court, Mümliswil. — **Verbandsnachrichten:** Umsatz des V. S. K.

Der Stand der Lebenskosten in den Schweizer Städten am 1. Juli 1919.

Mitteilungen des wirtschaftsstatistischen Bureaus des V. S. K.

Mehr als je steht heute die Frage nach dem Stande der Lebenskosten und nach der Herstellung des bedenklich erschütterten Gleichgewichts im Haushaltungsbudget im Vordergrund aller Diskussionen. Schon während der ganzen Kriegszeit hatte das ständige Steigen aller Preise, das auf eine kurze Zeit des Preisniederganges, die ungefähr von 1912 bis 1914 angehalten hatte, gefolgt war, lebhaftes Aufsehen erregt. So lange der Krieg andauerte, war aber immerhin die Möglichkeit vorhanden gewesen, dieser Frage die Bedeutung, die sie unter andern Verhältnissen wohl schon damals erlangt hätte, zu nehmen. Der Siegesgedanke in den Kriegsländern und die überall herrschende Hoffnung auf die Rückkehr normaler oder womöglich besserer Zustände als vor dem Kriege liess alle Entbehrungen tragen.

Das Aufhören des Krieges und damit der Gedanken und Wünsche, die nun erfüllt oder niedergeschlagen waren, brachte eine volle Aenderung. Die Hoffnung auf die sofortige Rückkehr normaler Verhältnisse, besonders auf einen sofortigen starken Preisrückgang, und damit in Verbindung die Erwartungen einer bedeutenden Entlastung der Sollseite des Haushaltungsbudgets hatte sich nicht oder doch nur in ganz bescheidenem Masse erfüllt. Damit trat nun die Frage nach dem Stand der Lebenskosten in den Mittelpunkt aller Fragen, die sowohl den Politiker als den Volkswirtschafter als auch vor allem den einzelnen Familienvater beschäftigen.

Die von unserem Verbande veranstaltete vierteljährliche Erhebung über den Stand der Lebensmittelpreise in Verbindung mit der im Jahre 1912 vom Schweiz. Arbeitersekretariat veranstalteten Haushaltungsstatistik hat es während der Kriegszeit ermöglicht, stets ein verhältnismässig klares Bild über die Veränderungen der Lebenskosten zu besitzen. So lange der Krieg andauerte, genügte der Abstand von einem Vierteljahr vollständig, da es sich ja doch nicht darum handelte, festzustellen, ob die Preise gestiegen oder gesunken seien, sondern ganz einfach darum, das Mass der Steigerung zu ermitteln. Heute liegen die Verhältnisse etwas anders. Die steigende Richtung ist entweder einer sinkenden gewichen oder doch zum mindesten ins Stocken geraten. Weite Kreise des Volkes wünschen heute aber nicht nur ein Aufhören der Preissteigerung, sondern einen ganz entschiedenen Abbau. Eine vierteljährliche Erhebung der Preise kommt den Verhältnissen nicht mehr nach. Die Feststellung, ob ein Abbau der Preise eingetreten ist und wie stark dieser Abbau auf das Haushaltungsbudget einwirkt, muss heute rascher erfolgen, wenn nicht die Erhebung überhaupt an praktischer Bedeutung — und diese ist doch wohl bei der Lebensmittelpreisstatistik unter den heutigen Umständen die massgebende — verlieren soll.

Es hätte sich nun darum gehandelt, die bisher vierteljährlich erhobenen Preise in kürzeren Abständen zu erheben. Das hätte einerseits eine bedeutende Vermehrung der Arbeitslast der Verarbeitungsstelle, anderseits wohl eine beträchtliche Verminderung der Beteiligung an den Erhebungen zur Folge gehabt. An eine grössere Häufigkeit der Preiserhebungen bei sämtlichen Verbandsvereinen war deshalb nicht zu denken. Dagegen war ein anderer Ausweg möglich.

Schon an den vierteljährlichen Erhebungen sind die grösseren Vereine infolge ihrer verhältnismässig grossen Mitgliederzahl bei der der Verarbeitung zugrunde liegenden Methode der Durchschnittspreisberechnung an den Ergebnissen in viel höherem Masse beteiligt als die kleineren. Zudem ist die Frage nach dem Stand der Lebenskosten in den Städten, in denen sich auch vorwiegend die grösseren Vereine befinden, viel wichtiger als sie es für die kleineren Ortschaften ist. Eine Erhebung der Preise nur für die Städte ist deshalb ein, wenn auch nicht vollkommener, so doch hinreichender Ersatz.

Diese Erwägungen führten uns dazu, ab 1. Juli 1919 bei den Vereinen, die ihre Tätigkeit in den Städten unseres Landes ausüben, die gewohnte Preiserhebung anstatt vierteljährlich monatlich zu veranstalten. Als Städte betrachten wir im Sinne der schweizerischen Volkszählung die Gemeinden mit mehr als 10,000 Einwohnern. Wir sind uns wohl bewusst, dass diese Abgrenzung des Begriffes Stadt nach der Einwohnerzahl etwas Gewaltsames an sich hat, und dass auch Gemeinden mit weniger als 10,000 Einwohnern Städte im heutigen wirtschaftlichen Sinne sind, während anderseits auch wiederum Gemeinden mit mehr als 10,000 Einwohnern nicht eigentlich die Bezeichnung Stadt verdienen, zum mindesten nicht in höherem Masse als andere Gemeinden mit weniger als 10,000 Einwohnern. Da uns aber ein anderer statistischer Masstab nicht zur Verfügung steht, mussten auch wir zu dieser Abgrenzung nach der Zahl der Einwohner greifen, wie sie das eidg. statistische Bureau und mit ihm auch andere statistische Aemter anwenden.

Die Ausmittlung der Ergebnisse erfolgte vollständig nach den Grundsätzen, die für die vierteljährlichen Erhebungen angewandt werden. Wer sich für diese Fragen interessiert, den verweisen wir auf die ausführliche Darstellung des Ermittlungsverfahrens in der Broschüre «Die Detailpreise schweiz. Konsumvereine in den Jahren 1912, 1913 und 1914».

Die Juli-Erhebung wurde durch sämtliche 21 Vereine, die in den 23 Ortschaften mit mehr als 10,000 Einwohnern tätig sind, beantwortet (2 Vereine, La Chaux-de-Fonds und Vevey, erstrecken ihre Tätigkeit über 2 Gemeinden mit mehr als 10,000 Einwohnern: La Chaux-de-Fonds und Le Locle bezw. Vevey und Montreux). Diese 21 Vereine lieferten zusammen 894 Preisberichte oder im Durchschnitt pro Verein 44 Preisberichte bei einer Gesamtzahl von 55 Artikeln, über die Preisangaben zu machen sind. Bei der Juni-Preiserhebung betrug der Durchschnitt sämtlicher Vereine 34. Die Beteiligung der Städtevereine ist also bedeutend besser als die durchschnittliche Beteiligung sämtlicher Vereine an den vierteljährlichen Erhebungen.

Die gesamte Mitgliederzahl dieser 21 Vereine belief sich auf 183,281. Die Zahl der Mitglieder der 279 Vereine, die sich an der Juni-Erhebung beteiligt haben, betrug 294,318. Die Vereine, die an der vorliegenden Erhebung teilnehmen, umfassen demnach weit mehr als die Hälfte sämtlicher Mitglieder, die an der letzten vierteljährlichen Erhebung teilnahmen, ein weiteres Zeichen dafür, dass die Beschränkung der Erhebung auf die 23 Städte einen verhältnismässig guten Ersatz für die Erhebung bei sämtlichen Konsumvereinen bietet.

Gehen wir nun zu den Preisen, die sich auf Grund unserer Erhebung ergaben, selbst über, so erhalten wir folgende Durchschnittszahlen für die 55 von der Erhebung erfassten Artikel:

Butter	813
Käse, fett, Emmenthaler	416
Milch, Liter	35
Kokosnussfett, billigste Qualität	618
Nierenfett, Ia.	541
Schweinefett, amerik.	640
Schweinefett, einheimisch	686
Ersatzfett (Speisefett, Kochfett)	623
Olivenöl, vièrge extra	629
Sesamöl, Jaffa extra	572
Ersatzöl (Arachid-, Cottonöl etc.)	564
Brot, halbweiss [Vollbrot]	73
Mehl, Vollmehl	84
Gries (Marseiller SSS)	103
Maisgries, Cinquantin z. Kochzw.	95
Gerste, Roll Nr. 1	127
Haferflocken [offen]	141
Hafergrütze, Nr. 2	141
Bohnen, Ia. rund, weiss	288
Erbsen, Ia., gelbe, ganze	273
Linsen, Ia., mittel	226
Reis, (Bundesreis)	105
Kalbfleisch	686
Rindfleisch	582
Schaffleisch	739
Schweinefleisch	779
Eier, per Stück	44
Kartoffeln, im detail	21
Kartoffeln, mi-gros [sackweise]	15
Teigwaren, Ia.	141
Honig, einheimischer	642
Würfelzucker	148
Pilézucker	134
Javazucker	134
Amerikanischer Zucker	135
Grieszucker	140
Poudrezucker	146
Kristallzucker	133
Déchetszucker	143
Stangenzucker	143
Schokolade, Ménage	460
Schokolade, Milch	727
Sauerkraut	28
Zwetschgen, gedörrte	386
Essig [Wein], Liter	99
Wein, Rosé, spanisch	145
Tee, Schwarztee	1273
Zichorien, kurante Qualität	381
Kakao-Union	581
Kaffee, Santos, grün, mittl. Qualität	369
Anthrazit, belgisch, q.	1948
Briketts, rheinisch, q.	1480
Brennsprit, 92°, Liter	279
Petroleum, amerikanisches, ordinär	71
Seifen, Ia. Kern, weiss	402

Ein Vergleich mit den schweizerischen Durchschnittspreisen der Juni-Erhebung — eine frühere Städtepreiserhebung steht uns leider nicht zur Verfügung — ergibt für 8 Artikel eine weitere Steigerung, für 42 Artikel einen Rückgang und für 5 Artikel ein Gleichbleiben des Preisstandes. Es möchte also auf den ersten Blick erscheinen, als ob bereits ein ganz beträchtlicher Preisabbau begonnen hätte. Dass der Höhepunkt, wenigstens für den Augenblick, überwunden ist, trifft allerdings, wie wir unten noch sehen werden, zu. So stark, wie aus den angeführten Zahlen erscheinen möchte, ist er aber doch nicht. Frühere Preiserhebungen haben ergeben, dass im Durchschnitt die Lebenskosten in den Städten etwas weniger hoch sind als auf dem flachen Lande. Der teilweise nicht starke Rückgang dürfte deshalb teilweise auf die Mängel des Vergleichs zwischen zwei auf verschiedene Weise ermittelte Zahlen zurückzuführen sein. Die Verbindung der Preise mit den Verbrauchsmengen wird uns aber erweisen, dass doch tatsächlich eine gewisse Entlastung eingetreten ist.

Ermitteln wir nämlich den Index nach den gleichen Grundsätzen, wie sie für die vierteljährlichen Erhebungen angewandt werden, so erhalten wir als *Index* des Standes der Lebenskosten *pro 1. Juli 1919* in den 23 von der Erhebung erfassten Städten *Fr. 2542.86.* Bei der Juni-Erhebung ergab die gleiche Berechnung Fr. 2703.67. Nach dem, was wir schon gesagt haben, ist nun allerdings der Stand der Lebenskosten in den Städten etwas niedriger als auf dem flachen Lande, somit auch der Städtedurchschnitt niedriger als der Landesdurchschnitt. Bei der März-Erhebung betrug der Landesindex Fr. 2689.42, der Index der Städte mit 10,000—49,999 Einwohnern Fr. 2641.25 und der Städte mit mehr als 50,000 Einwohnern Fr. 2629.59. Nehmen wir nun an, dass im Mittel der Index der Städte zusammen etwa Fr. 2635.— betrug, so ergibt sich immerhin ein Rückgang von rund

Fr. 100.— oder etwa 4 Prozent. Eine bedeutende Abnahme ist das allerdings noch nicht, aber immerhin doch keine weitere Zunahme mehr.

Es dürfte auch von Interesse sein, zu erfahren, wie der Stand der Lebenskosten in den einzelnen Städten ist, das heisst wie billig oder wie teuer man in den einzelnen Städten lebt. Darüber gibt folgende Aufstellung Auskunft. Der Index pro 1. Juli betrug in

	Fr.		Fr.
Fribourg (12) . .	2423.18	Biel (B.) (11) . .	2572.86
Basel (2)	2463.64	St. Gallen (5) . .	2575.79
Winterthur (7) . .	2484.48	La Chaux-de-Fonds(9)	2576.28
Solothurn (21) . .	2524.03	Le Locle (19) . .	2576.28
Luzern (8) . . .	2531.57	Zürich (1)	2576.28
Bern (4)	2537.06	Arbon (23) . . .	2607.49
Neuchâtel (10) . .	2538.83	Chur (16)	2607.97
Durchschnitt . .	**2542.86**	Vevey (17) . . .	2621.02
Schaffhausen (14) .	2558.28	Montreux (13) . .	2621.02
Lausanne (6) . .	2556.96	Herisau (15) . . .	2646.81
Rorschach (20) . .	2568.68	Bellinzona (22) . .	2803.47
Genève (3) . . .	2569.45	Lugano (18) . . .	2966.15

(Die Zahlen in Klammern bedeuten die Reihenfolge nach der Einwohnerzahl).

Es erhellt aus diesen Zahlen, dass eher die grösseren als die kleineren Städte die niedersten Lebenskosten haben. Die 6 Städte mit mehr als 50,000 Einwohnern stehen durchschnittlich an zehnter, die Städte mit 20,000 bis 50,000 Einwohnern an siebenter und die Städte mit 10,000 bis 20,000 Einwohnern an zwanzigster Stelle. Am billigsten lebt man demnach in den mittleren, am teuersten in den kleineren Städten. Den billigsten Lebensunterhalt gewährt Fribourg, den teuersten Lugano.

So weit die erste Erhebung. Die Erhebung über die Preise am 1. August befindet sich bereits in Bearbeitung. Sie dürfte uns dann, infolge ihrer Vergleichbarkeit mit der vorliegenden Julistatistik, vollständig zuverlässige Schlüsse über die Gestaltung der Preisverhältnisse geben.

Von den unbedenklichen „wirtschaftlichen" Führern.

Je weniger man sich mit Volkswirtschaft beschäftigt hat, desto unternehmungslustiger und desto draufgängerischer sucht man Probleme zu lösen, von deren Ernst und Tiefe man nicht die blasseste Ahnung hat. Wenn nur dabei nicht die gesamte Wirtschaft und damit das Volk schwer und auf die Dauer zu leiden haben würde. Zerstört und vernichtet ist gar bald viel, aber ein aufbauender Gegenwert wird durch solche wirtschaftspolitische Tätigkeit nicht geschaffen. (Die Konjunktur.)

Eine genossenschaftliche Möbelfabrik.

Vor mehr als Jahresfrist hat der V. S. K. seinen Betrieben eine Abteilung für Wohnkunst angegliedert, die die Aufgabe hat, formschöne Möbel herstellen zu lassen, um auch den einfachsten Kreisen zu ermöglichen, sich ein behagliches Heim einzurichten. Vor kurzem wurde, wie an dieser Stelle bereits berichtet worden ist, eine schweizerische Möbelvermittlungsgenossenschaft ins Leben gerufen, um den Gedanken nach einer rationellen Lösung der Wohnausstattungsfrage auf einer breiten Grundlage aufzubauen.

Die wirtschaftlichen Nöte haben auch in Deutschland die genossenschaftlichen Kreise dazu geführt, dem Möbelbau vermehrte Aufmerksamkeit zu schenken, und wiederum ist es die «Produktion» von Hamburg, die durch Errichtung einer genossenschaftlichen Möbelfabrik einen neuen Beweis ihrer vorwärtsstrebenden Initiative abgelegt hat.

In der «Konsumgenossenschaftlichen Rundschau» unternimmt es H. Sierakowsky, den Werdegang dieses jüngsten genossenschaftlichen Produktionsbetriebes zu schildern, und wir nehmen an, es sei auch für unsere Leser von Interesse, von dieser anschaulichen Darstellung Kenntnis zu erhalten.

Zur Nahrungsmittelknappheit und Wohnungsnot, die unser Wirtschaftsleben unheilvoll beeinflussen — so schreibt Sierakowsky — hat sich der Mangel an Möbeln gesellt. Die nach dem Abschlusse des Waffenstillstandes zurückflutenden Heeresmassen brachten in grossem Umfange das Bedürfnis nach Gründung eines eigenen Hausstandes mit. Die lange Kriegszeit stellte Aufgaben, die weitab von Möbelherstellung lagen; Rohstoffe zur Herstellung von Möbeln kamen während fünf Jahren so gut wie gar nicht zu uns; Holz, Farben, kurz, alle benötigten Materialien mussten bei ihrem geringen Angebot ungekannte Preishöhen erreichen; es unterblieben Neuherstellung und Ersatz von Möbeln in einem Masse, dass ohne Uebertreibung von einer Möbelnot gesprochen werden darf. Diese Not ganz zu beseitigen, dem Bedürfnis nach Möbeln mit genügend umfangreicher Herstellung zu begegnen, wird nur möglich sein, wenn unser Wirtschaftsleben aus dem Zustande der Erkrankung zur Genesung gelangt sein wird. Inzwischen gilt es, dem Schlimmsten vorzubeugen, allen Schwierigkeiten zum Trotze die Not wenigstens zu lindern.

Schon während der Kriegszeit, vielleicht aber schon reichlich spät, war der Mangel an Möbeln als schwer zu bewältigendes Wirtschaftsproblem erkannt worden. Manche Verwaltungen grosser Städte mit aufgehäuften Arbeitermassen führte die Sorge um dieses Problem zu verschiedenen Massnahmen. Je nach der mehr oder weniger klaren Erfassung der zu lösenden Aufgabe waren diese Massnahmen unzulänglich oder kamen der Lösung nahe. Die Beschaffung billiger Möbel — den Begriff «billig» aus der Zeit vor dem Kriege herübergenommen — war an sich schon eine wirtschaftliche Unmöglichkeit. Bei den angedeuteten Schwierigkeiten konnte die Aufgabe nur sein, Möbel überhaupt zu beschaffen. Belastet wurde diese Aufgabe durch die Forderung auf Zweckmässigkeit, Dauerhaftigkeit und der Bildung des Preises unter Ausschaltung jener Wuchererscheinungen, denen die Verteuerung der gesamten Lebenshaltung zu danken ist. Bei Beratungen über die Beschaffung von Möbeln und Hausrat für Kriegsgetraute, zu denen man in Hamburg Vertreter der organisierten Konsumenten herangezogen, wurde der Gedanke geboren, die bisher grösste deutsche Konsumgenossenschaft, den Konsum-, Bau- und Sparverein «Produktion» in den Dienst dieser drängenden Aufgabe zu stellen. Es mag zunächst auffällig sein, dass sich ein Konsumverein einer Aufgabe widmet, die anscheinend etwas abseits seines eigentlichen Aufgabenkreises liegt. Allein die Hamburger «Produktion» war ja schon

des öfteren durch die zwingende Not unserer schlechten Wirtschaftsverhältnisse auf Tätigkeitsgebiete gedrängt worden, wo Erfahrungen nicht vorlagen, an die heranzugehen nur Tatkraft, gepaart mit den Grundsätzen genossenschaftlicher Arbeit, gestatteten.

Das Studium der Frage der Herstellung von Möbeln liess nicht nur die rein wirtschaftlichen Schwierigkeiten erkennen, sondern belehrte bald, dass dem Problem auch von der betriebsorganisatorischen Seite her nur beizukommen war, wenn alle Möglichkeiten durchgebildeter Technik erschöpfend dienstbar gemacht würden. Der Mangel an Rohstoffen, ihre hohen Preise, hohe Löhne, überhaupt ungewöhnlich gesteigerte Produktionskosten zwangen ohnehin zur Massenherstellung und damit zu möglichst weitgehender Anwendung von Maschinen, sollte der hohe Verkaufspreis der Möbel nicht von vornherein von der Herstellung abschrecken. Es waren aber auch die Forderungen eines geläuterten Geschmacks zu befriedigen, das Produkt musste in jedem Belang solide sein, alles Dinge, die das Produktionskostenkonto belasten mussten, wenn betriebsorganisatorische Massnahmen nicht den Ausgleich herbeiführten. Die eigentliche Aufgabe war also die Massenherstellung von Möbeln zu Preisen, die den Verhältnissen angepasst und darüber hinaus geeignet waren, dem auftretenden Preiswucher in Möbeln zu steuern. Diese Herstellung hatte unter denkbar weitgehender Anwendung von Maschinen vor sich zu gehen, wobei billigen Anforderungen des persönlichen Geschmacks der Benutzer dieser Möbel Rechnung zu tragen war.

Diese Erfordernisse begegnen sich mit denen genossenschaftlicher Wirtschaftsweise, deren Lebenselement die Anwendung entwickelter Technik besonders ist. In der genossenschaftlichen Möbelfabrik der Handelsgesellschaft «Produktion», der von der Genossenschaft dieser Zweig zugewiesen wurde, bestimmt die Maschine den ganzen Herstellungsprozess. Sie ist selbst in Teiloperationen zu finden, wo ihre Anwendung sogar den Fachmann in Erstaunen versetzt. Die Pendelsäge schneidet das Rohmaterial für die serienweise herzustellenden Möbel zu. Und vom Zuschneiden bis zum Zusammenstellen der Möbel verlässt die Maschine das Arbeitsstück nicht mehr. Abrichtmaschinen der verschiedensten Art, Kreissägen, Fräs-, Stemm-, Nutmaschinen, Schleifmaschinen für die verschiedensten Operationen, Gehrungssägen und wie die maschinellen Einrichtungen alle heissen, kurz, das einzelne Arbeitsstück erhält seine Verwendbarkeit ausschliesslich durch die Maschine. Der Maschinenverwendung in diesem Umfange liegt natürlich eine durchgebildete Systematik in der Teilung des Arbeitsprozesses zugrunde. Ein geordnetes Nacheinander der die Wirtschaftlichkeit verbürgenden Zerlegung des gesamten Arbeitsprozesses in viele Teiloperationen lässt — wenn das zu sagen erlaubt ist — die eine Maschine der andern in die Hand arbeiten.

Es werden Bedenken auftauchen, ob diese weitgehende Anwendung der Maschine das Produkt in seinem Wert nicht herabsetze. Diese Bedenken sind nicht am Platze. Maschinenarbeit muss nicht notwendigerweise unschön oder gar minderwertig sein. Natürlich mussten bei dem Plan einer Massenherstellung von Möbeln Konstruktionen gewählt werden, die sich dieser Massenherstellung durch ausschliessliche oder sehr weitgehende Maschinenverwendung anpassten. Es kam darauf an, immer wiederkehrende Einzelteile der Möbel nicht in beliebigen Abmessungen herzustellen, sondern Normalmuster und -Formen zu verwenden. Der Forderung auf Verringerung der Typenzahl war allerdings von vornherein Rechnung zu tragen. Aber innerhalb dieser wenigen Typen können, auch bei weitgehender Anwendung von Maschinen, Forderungen auf Schönheit und Zweckmässigkeit durchaus und vollauf erfüllt werden. Wenn in der Möbelfabrik «Produktion» eine Serie von 100 Kücheneinrichtungen durch die Maschinen läuft, so brauchen 100 Küchenschränke nicht alle von einer Grösse, einer Breite oder nach einem Stile gearbeitet zu sein. Aber in diesen 100 Küchenschränken kehren gleiche Teile — Türfüllungen, Schiebladen, Seiten- und Rückenwände — immer wieder. Sie sind von gleichem Zuschnitt und ihre besonderen Konstruktionen für die Zusammenfügung gestatten selbst da die Maschinenarbeit, wo sie bisher selbst bei grösseren Mengen nicht möglich war. Es kam also darauf an, ein System von Grundteilen für die herzustellenden Möbel zu erdenken, die für die verschiedensten Zwecke verwendbar wurden. Die Abmessungen der einzelnen Teile mussten zueinander in Beziehung gesetzt werden. Zufällige Masse konnte es dabei nicht geben. Gefunden wurden diese Grundmasse durch Erfahrung und Zweckmässigkeit.

Dass bei dieser durchgebildeten Betriebsorganisation und der weitgehenden Anwendung hochwertiger Maschinen der vornehmste Grundsatz genossenschaftlicher Wirtschaftsweise — höchster Ertrag bei geringstem Aufwand an Kraft — zur Geltung kommt, liegt auf der Hand. Es ist erfreulich, feststellen zu können, dass genossenschaftliche Unternehmungen dem eisernen Gebot unserer Zeit Rechnung tragen, das dahin geht, höchste Wirtschaftlichkeit anzustreben bei der Verwendung kostbarer Arbeitskraft und knapper Rohstoffe. Hier wäre vermeidbare Verschwendung das Umgekehrte von dem, was unserer verarmten Volkswirtschaft nottut. Dieses Gebot erfüllt die Möbelfabrik der Hamburger «Produktion» mit ihrem rationellen Maschinenbetrieb. Eigentlich unnötig zu bemerken, dass dabei das Formgefühl durchaus befriedigt werden kann.

Die Möbelfabrik der «Produktion» beschäftigt gegenwärtig etwa 40 Personen. Die Herbeischaffung der maschinellen Einrichtung stiess auf erhebliche Schwierigkeiten; Holzbearbeitungsspezialmaschinen waren in der Kriegszeit selten geworden. Auch Rohmaterialien sind schwer und nur zu märchenhaft hohen Preisen zu erhalten. Das gilt besonders auch von Farben und Lacken, deren Beschaffenheit grosse Schwierigkeiten bei der Verarbeitung bietet. Es werden zunächst Schlafzimmer-, Wohnzimmer- und Kücheneinrichtungen hergestellt. Der ungemein grosse Bedarf an Möbeln gestattet zunächst nur die Herstellung von leichteren Stücken aus Fichten-, Kiefern- und Birkenholz. Wenn hier das dringendste Bedürfnis befriedigt ist, wird die Herstellung von schweren Eichen- und fournierten Möbeln in Angriff genommen. Um den Umfang der bestehenden Möbelnot zu veranschaulichen, sei bemerkt, dass der Umsatz im ersten Monat nach Beginn des Verkaufs der Möbel 160,000 Mark betrug. Ein grosser Verkaufsladen an verkehrsreicher Strasse mit umfangreicher Möbelausstellung trägt zur Erhöhung der Nachfrage wesentlich bei, der allerdings bei den dauernd vorhandenen Schwierigkeiten in der Herbeischaffung des Rohmaterials nicht so leicht Rech-

nung getragen werden kann. Bemerkt sei auch noch, dass bei dem Verkaufe der Möbel der genossenschaftliche Grundsatz der Barzahlung in seinem ganzen Umfange Beachtung findet.

Die Möbelfabrik der «Produktion» zeigt zu ihrem Teile, was genossenschaftliches Wirken vermag. Von der Not gerufen, unter grossen Schwierigkeiten geboren, liefert dieses Unternehmen einen Beweis von der Notwendigkeit und Richtigkeit genossenschaftlicher Wirtschaftsweise.

Ein mittelständisches Urteil.

Die «Schweiz. Gewerbezeitung» bringt in No. 28 vom 12. Juli 1919 einen Artikel über die Volkswirtschaft in Dänemark der Bände spricht. Wir begnügen uns mit dem Abdruck der folgenden charakteristischen Stelle:

«Das dänische Volk mit seinen 3 Millionen Einwohnern war im Laufe des letzten Jahrhunderts auch genötigt, sich energisch mit seiner Produktionsfähigkeit zu beschäftigen. Nachdem die Getreideausfuhr infolge des Bahnverkehrs durch die Konkurrenz von Südrussland und Amerika gelitten und die Viehausfuhr durch Einfuhrverbote Deutschlands verhindert worden, warf man sich auf den Zuckerrübenbau, und als auch diesem in Deutschland Konkurrenz enstand, begann man zunächst die landwirtschaftlichen Produkte genossenschaftlich zu verwerten und zu exportieren. Es wurden dann Fabriken aller Art angelegt, betrieben durch Zentralkonsumgenossenschaften.

Diese Produktions- und Konsumgenossenschaften sind zur Wohltat des Landes geworden.»

Die dänischen Konsumvereine stehen wie die schweizerischen auf dem Boden der Grundsätze der Rochdaler Pioniere. Neben Grossbritannien ist wohl Dänemark eines der Länder, deren Konsumvereine und Genossenschaften annähernd das dichteste Netz aufweisen.

Diese Produktions- und Konsumgenossenschaften — so schreibt die «Schweiz. Gewerbezeitung» — **sind zur Wohltat des Landes geworden.**

Wir fragen unsere Freunde vom alten Mittelstand höflich an: was für Dänemark richtig ist, muss das für die kleine Schweiz, die wirtschaftlich nicht besser gebettet ist wie Dänemark, nicht auch Geltung haben?

Das eidgenössische Ernährungsamt.

Auszüge aus dem XII. Neutralitätsbericht des Bundesrates vom 23. Mai 1919.

(Fortsetzung.)

II.

Abteilung Brotversorgung.

Die Zufuhren von Brotgetreide haben seit der letzten Berichterstattung eine kleine Besserung erfahren. Dank diesem Umstande und dank der guten Inlandernte hat trotz der durch die Erhöhung der Brotration bedingten Mehrabgabe an die Mühlen der Stand des Brotgetreides in der Schweiz um ca. 2500 Wagen zugenommen. Die Höhe unserer heutigen Stocks in der Schweiz erlaubt jedoch im Hinblick auf die immer noch unsichern Verhältnisse in den Speditionen ab den Seehäfen zurzeit eine Herabsetzung der Mahlausbeute oder gar die Aufhebung der Brotkarte noch nicht. (Inzwischen haben sich die Verhältnisse weiter gebessert, so dass die Brotkarte nun in Wegfall kommen kann. Red.).

Auf Rechnung der Abkommen von Paris und Washington vom 5. Dezember 1917 u. 22. Januar 1919 wurden seit dem letzten Bericht für uns verschifft: In Nordamerika: Mehl 935, Weizen 5567, Roggen 2325, Mais 239, Hafer 1016 Wagen. Es wurden ferner in Südamerika für uns verladen: Weizen 7730, Mais 4612, Hafer 1028 Wagen.

Die im letzten Bericht erwähnten, in Argentinien längst gekauften Partien sind dabei bis auf einen Rest von 2269 Wagen Weizen und 231 Wagen Hafer abgeführt worden.

Die Verladung erfolgte auf Schiffen, die uns teilweise von der amerikanischen Regierung direkt, teilweise von der englischen Regierung durch unsere Frachtagenten in London angeboten wurden. Es kamen dabei auch einige Holz- und Eisensegler, sowie Motorsegler zur Verwendung.

Infolge Ueberlastung der Häfen von Cette und Marseille mussten vom Februar dieses Jahres ab ausser nach diesen beiden Häfen auch eine Anzahl Dampfer nach Genua geleitet werden, welcher Hafen dank dem Entgegenkommen der italienischen Regierung, sowie der Hafenbehörden in Genua, wieder für unsere Dienste benutzt werden kann.

Die Abspeditionen von Genua über Chiasso, Luino und Brig haben bis zur heutigen Stunde einen befriedigenden Verlauf genommen. In allerletzter Zeit haben wir versuchsweise einen Dampfer mit Getreide von Nordamerika nach dem Hafen von Antwerpen laufen lassen, um die Ware dann auf dem Rheinwasserwege bis Strassburg und falls es die Verhältnisse erlauben sollten, bis Basel gelangen zu lassen.

Die Fracht ist gegenüber dem höchstbezahlten Satze um nahezu die Hälfte billiger geworden. Trotzdem stellen sich unsere Einkaufspreise für Brotgetreide auch heute noch weit über unsern Abgabepreis.

Die Ablieferung der Inlandernte hat einen geordneten Verlauf genommen. Bis zum 26. April 1919 sind folgende Mengen Inlandgetreide ausbezahlt worden: Weizen 38,863,926, Roggen 22,468,220, Dinkel 18,503,691, Mischel 6,544,183, Einkorn 148,226; Gerste 1,182,889, Hafer 1,357,603, Emmer 2542; Mais 56,460 kg, total 89,127,740 kg = 8912 Wagen.

Es wurden dafür Fr. 54,682,392.30 ausbezahlt. Die Ernte war im allgemeinen sehr gut. Es sind aber auch einzelne Gegenden mit starken Mindererträgen, namentlich aus dem Voralpengebiet und aus den Kantonen Graubünden und Wallis, zu verzeichnen.

Die gute Inlandernte und die verbesserten Zufuhren haben es möglich gemacht, dass die Brot- und Mehlration erhöht werden konnten. Die Normalbrotration wurde am 1. Dezember 1918 von 225 g auf 250 g pro Tag heraufgesetzt. Da die Aussichten für unsere Lebensmittelversorgung sich weiterhin verbesserten, konnte auf den 1. Februar 1919 eine weitere Erhöhung um 50 g pro Tag eintreten, so dass seit diesem Tage die normale Brotration 300 g beträgt. Die Mehlration betrug im Oktober 1918 350 g, im November 333 g, im Dezember 370 g, und seit Januar

dieses Jahres 518 g pro Person und pro Monat.

Im letzten Herbst bot die Klassierung der Schwerarbeiter noch Anlass zu zahlreichen Beschwerden, indem verschiedene Berufsgruppen, die nicht bei den Schwerarbeitern eingereiht waren, die Zusatzbrotkarte verlangten. Heute sind diese Gesuche viel seltener geworden.

In der zweiten Hälfte des Monats Dezember 1918 konnte wieder mit der regelmässigen Abgabe von in- und ausländischem Brotgetreide an die Mühlen begonnen werden, nachdem sie monatelang nur amerikanisches Mehl zum Mischen und hin und wieder kleinere Posten inländischen Getreides erhalten hatten. Die Rücklieferung von Kleie und Ausmahleten an die Produzenten, welche dem Bunde Getreide abgeliefert hatten, ging im letzten Winter an den meisten Orten glatt von statten. Heute sind die Rücklieferungen dieser Futterwaren nahezu beendigt, so dass die Beschlagnahme von Kleie und Ausmahleten wieder aufgehoben werden konnte. Die Erhöhung der Brotration von 225 auf 300 g pro Kopf und pro Tag bedingte eine entsprechende Mehrabgabe von Brotgetreide an die Mühlen. Die Mahlquoten wurden unter zwei Malen um etwa 30% erhöht, so dass heute die Müllerei wieder ordentlich beschäftigt ist.

Durch Verfügung vom 4. Dezember 1918 gestattete das eidgenössische Ernährungsamt wieder den Verkauf von gestrigem Brot an Stelle des vorher verlangten mindestens vorgestrigen Brotes. Auf den 1. Januar 1919 wurde auch die Beschaffung von Weissmehl und Griess für Kranke neu geordnet, in der Weise, dass die Mühlen angehalten wurden, wieder eine bestimmte Menge Weissmehl und Griess aus der ordentlichen Vermahlung zuhanden der kantonalen Lebensmittelämter auszuscheiden.

Eidgenössische Fettzentrale.

Die Erwartung, dass im Verlaufe der Berichtsperiode die Rationierung aufgehoben werden könne, hat sich nicht erfüllt. Die «Offerte Hoover» vom Dezember letzten Jahres, die uns die Abgabe von 1500 Wagen Schweineprodukte, vor allem Schweinefett amerikanischer Provenienz, ausserhalb Kontingent zusicherte, wurde nach einlässlicher Prüfung akzeptiert und seitens der Gesandschaft in Washington die bezüglichen Einkäufe in der Hauptsache getätigt. Die Ablieferung zog sich aber deshalb hin, weil die Commission interalliée des contingents angesichts der Bestimmungen des S. S. S.-Vertrages eine Belieferung der Schweiz ausserhalb Kontingent nicht für möglich erklärte. Das Kontingent 1918 für diese Warengattungen mit insgesamt 1790 Wagen war fast vollständig erschöpft. Die notwendige Erhöhung des Kontingentes für 1919 wurde erst vor kurzem gewährt, und hierauf konnten neue Käufe stattfinden, auf Grund derer nun im Laufe des gegenwärtigen und des nächsten Monats, neben den vom Bureau der vier Lebensmittelsyndikate vollzogenen Eindeckungen, soviel Ware hereinkommen soll, dass auf Halbjahresende mit einem entschiedenen Schritte im Sinne des Abbaues unserer Institution gerechnet werden kann.

Die im Januar und Februar 1919 erfolgten fälschlichen Zeitungsmeldungen über die Aufhebung der Fettrationierung riefen in der ganzen Schweiz eine grosse Nachlässigkeit in der Beobachtung der Fettrationierungsvorschriften hervor. Mit verschärften Mitteln musste dagegen eingeschritten werden; vorab durch rücksichtslose Ueberweisung Straffälliger und durch persönliche Aufklärung durch die Aussenbeamten. Die Kontrolleure hatten auch die Durchführung der fleischlosen Tage und Wochen zu beobachten. Meldungen, welche andere Abteilungen des eidgenössischen Ernährungsamtes betreffen, werden diesen zur Kenntnis gebracht.

In der Ausstellung von Aerztezeugnissen für Zusatzrationen von Fett und Butter ist eine wesentliche Besserung insofern eingetreten, als die Aerzteschaft nunmehr der allgemeinen Lage unserer Fett- und Butterversorgung besser Rechnung trägt.

Die Monatsfettkarten wurden wie üblich ausgegeben; es konnte lediglich die Ration seit Februar bedeutend erhöht werden. (Mit Ende Juni kam die Fettkarte in Wegfall. Red.)

Für die Monate März und April wurde eine Zuschlagsfettkarte mit total 500 g Fett oder Oel ausgegeben. Ausserdem wurde die Gültigkeit der März-Normalkarte schon ab 22. Februar datiert. Man erzielte dadurch eine Erhöhung der Februar-Normalration (Butter und Fett) von 500 g auf 600 g, derjenigen des Monats März von 600 g auf 850 g und der Aprilration von 700 g auf 950 g, womit den Konsumenten die Möglichkeit genügender Eindeckung gegeben war.

Da mit November 1918 die Butterkarte für Selbstversorger (à 300 g pro Monat) abgelaufen war, musste eine Neuausgabe folgen; diese wies Abschnitte für 5 Monate auf à 200 g.

Die Reserve der Militärfettkarten ist infolge der unvorhergesehenen Demobilisierung der Armee ziemlich gross; doch können diese Karten für reisende Zivilpersonen verwendet werden, da wir dieselben, wie schon im letzen Bericht ausgeführt wurde, mit der Reisefettkarte kombiniert haben.

Die Mittel der Fettzentrale wurden in letzter Zeit stark in Anspruch genommen, da entsprechend den Zweckbestimmungen der zu beziehenden Gebühren in einigen Fällen preisregulierend und preisausgleichend eingegriffen werden musste. Dieses Preisausgleichsverfahren wurde notwendig, um einerseits zu verhindern, dass die Höchstpreise angesichts der Gestehungskosten überschritten werden müssen, anderseits aber, um weisungsgemäss in Reserve gestellte Ware nicht wegen Unverkäuflichkeit der Verderbnis anheimfallen zu lassen. (Fortsetzung folgt.)

Volkswirtschaft

Butterpreis und Butterversorgung. Das eidgen. Ernährungsamt hat neue Höchstpreise festgesetzt für Butter, und zwar zahlen die eidg. Zentralstelle (Milchamt), sowie die von ihr anerkannten Butterzentralen und Grosshändler für 1 Kilo Butter höchstens Fr. 7.60 für Stücke über 250 gr und 7.70 für Stücke bis zu 250 gr. Der Kleinkäufer bezahlt ab Bahnstation des Verkäufers für 1 kg Butter höchstens Fr. 7.95 bezw. Fr. 8.05, und der Konsument bezahlt ab Verkaufslokal oder ins Haus bestellt für ein Kilo Butter Fr. 8.40 für Stücke über 250 gr und Fr. 8.50 für Formen bis zu 250 gr. Die Verfügung tritt am 1. September in Kraft.

Wie das eidg. Milchamt mitteilt, wird der Wert der September-Butterkarte verdoppelt, damit der Bevölkerung der Bezug von Einsiedebutter möglich werde. Die Normalkarte (200 gr, Zuschlagskarte 300 gr) berechtigen also zum Bezug von total 1 Kilogramm Butter, wovon die Hälfte als Abgabe von Einsiedebutter zu gelten hat. Desgleichen be-

rechtigt der auf 500 gr lautende Septemberabschnitt der Selbstversorgerkarte zum Bezug von 1 kg. Die Karteninhaber sind gebeten, die Einsiedebutter im Laufe des Monats September zu beziehen. Den Minderbemittelten soll das Bezugsrecht während der kommenden Wintermonate gewahrt werden, und die Kleinverkaufsstellen erhalten diesbezügliche spezielle Weisungen.

Aus der Praxis

Unter dem Stichwort: Friedensresolutionen bringt unser Verbandsverein «La Ménagère», Vevey, auf der 4. Seite von «La Coopération» einen Aufruf an ihre Mitglieder, den wir im nachfolgenden, den Vereinsverwaltungen zur Kenntnis bringen, da er sich zum Abdruck auf der 4. Seite des «Gen. Volksblattes gut eignet:

Friedensresolutionen.

Von jetzt ab

werde ich meinem Genossenschaftsladen ein treuerer Kunde sein, als ich es bisher war.

In Zukunft

werde ich für unsern Konsumverein bei meinen Freunden und Bekannten agitatieren, damit durch die Vereinigung ihrer Kaufkraft mit der meinigen die Stellung der Genossenschaft gegenüber dem Privathandel gestärkt werde.

Ich werde all mein verfügbares Geld im Konsumverein anlegen.

Ich werde mich mehr als bisher um unsern Konsumverein kümmern, da ich weiss, dass ich Mitanteilhaber desselben bin und dass er ohne das Zusammenwirken aller Mitglieder zurückgehen müsste.

Mit einem Wort

werde ich ein treuer Anhänger meiner Genossenschaft, der . . . . . [1]) sein.

[1]) wird die Firma des betreffenden Konsumvereins eingesetzt.

Bewegung des Auslandes

Italien.

Plünderung in der Cooperativa Unione in Mailand. Die Lebensmittelteuerung, die auch in Italien immer grössere Dimensionen annimmt, führte in zahlreichen Städten zu eigentlichen Aufständen der Volksmassen. Magazine und Läden wurden erstürmt und ausgeplündert. Ueber die Vorkommnisse vom 7. Juli in Mailand wird berichtet: «Während zuerst nur die Auslagen und die fahrenden Früchtehändler beraubt wurden, nahm die Plünderung gegen Mittag zusehend ernsteren Charakter an und artete zu wahren Massenplünderungen und Verwüstungen durch Erbrechen der Kaufläden aus. Insbesondere die äusseren Stadtteile wurden stark betroffen. Mode und Konfektion, sowie Schuhgeschäfte wurden von Frauen ausgeplündert, die sich neu ausstatteten und noch alles Mögliche nach Hause nahmen. In den Ablagen der Konsumgenossenschaften wurden nach der Plünderung selbst die Bänke und Stühle weggenommen.»

Es ist bedauerlich — ganz abgesehen vom Unsinn der Zerstörung und Plünderung an sich, wodurch die Teuerung sicher nicht wirksam bekämpft, sondern noch verschärft wird —, dass die Massen in ihrer Zerstörungswut nicht einmal vor ihren eigenen Betrieben Halt machen und sich dadurch nicht nur indirekt, sondern direkt selbst schädigen.

Sprechsaal

Stimmungsäusserungen zum letzten Generalstreik. *)

Aus **Liestal:** Die Generalstreiks scheinen bald zu einer Gewohnheitssache zu werden. Es ist wahrhaft interessant, was man sich alles von einem solchen Streike verspricht. Da soll z. B. erzwungen werden, dass plötzlich auf allen Lebens- und Bedarfsartikeln die Preise stark herabgesetzt werden, unbekümmert darum, wer die Differenz trägt. Doch halt, der Staat soll das ja übernehmen! Aber, wer gibt dem Staate die Mittel, richtiger gefragt, **wer** ist der Staat? Bald ist man versucht zu fragen, wo steckt denn die Vernunft? Vom Bundesratstische aus ist schon so und so viel mal bekannt gegeben worden, dass der Bund bald zweihundert Millionen Franken ausgelegt hat, nur um die Preise der notwendigen Lebensmittel nicht über eine gewisse Höhenstufe hinausgehen zu lassen, wie dies die Weltmarktpreise bedingen würden. Ja, wenn nur unser kleines Schweizerländchen auf dem Weltmarkt etwas zu bedeuten hätte! Aber das war vor dem Kriege nicht der Fall und ist es jetzt noch weniger. An dieser Tatsache ändern solche Streiks kein Jota. Dann soll im weiteren so nebenbei das ganze Land in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn in einer einzelnen Fabrik ein Konflikt ausbricht. Das sind denn doch lokale Sachen und es muss einem nüchtern Denkenden vollständig unbegreiflich sein, dass für solche Aktionen auch vom Personal in Genossenschaftsbetrieben Heerfolge verlangt und zum Teil auch geleistet wird. Den Aufklärungen nach dem letzten Novemberstreik und den Beschlüssen an der Delegiertenversammlung in Interlaken zufolge, hätte man es als selbstverständlich halten dürfen, dass genossenschaftliche Betriebe in Zukunft nicht mehr mitmachen müssten, noch weniger aber mitmachen würden. Da diese Annahme sehr enttäuscht wurde, möchten wir unsere Verbandsbehörden ersuchen, diesmal ganz energisch vorzugehen, damit, wenn nun einmal Aufklärung nichts nützen will, der Stab Wehe in Anwendung kommt. Es ist eben nicht nur, dass eine solche Streikerei mit ihrer Wirkung auf Basel beschränkt bliebe, nein, im ganzen Lande herum müssen die Genossenschaften, welche mit dem V. S. K. in Verbindung stehen, darunter leiden und das kann man sich bei uns draussen auf dem Lande nicht mehr bieten lassen. Da muss unbedingt Wandel geschaffen werden. Sollten die Verbandsbehörden sich nicht stark genug fühlen, so wird man eben von Aussen nachhelfen müssen.

Aus **Laufen:** Anlässlich des Nichterscheinens des «Gen. Volksblattes» bei dem Generalstreik sind von Seiten unserer Mitglieder verschiedene bittere Bemerkungen gefallen wegen der Teilnahme der V. S. K.-Buchdrucker am Streike. So ziemlich die ganze schweizerische Konsumentenschaft ist darüber aufgeklärt worden, dass der Streik als Unterstützung der Textilarbeiter in Basel inszeniert worden sei. Der Grossteil des Publikums erblickte aber in dieser Motivierung lediglich eine Ausrede der Streikleitung, die mit dem Streiken im tiefsten Grunde andere Ziele verfolgt habe. Auf jeden Fall sei aber für die Arbeiterschaft des V. S. K. kein Grund vorgelegen, am Streike teilzunehmen, weil dieselbe durchwegs besser gehalten sei als Angestellte und Arbeiterkategorien gleicher Branche, bei kürzerer Arbeitszeit und mehr Lohn sogar weitaus besser als das Konsumvereinspersonal der meisten Konsumvereine.

Die Konsumgenossenschaft betrachtet durchwegs das Mitstreiken des genannten Personals als eine recht mutwillige, eigentlich vertragsbrechende Aktion und sie ist der Hoffnung, dass die Verbandsbehörden inskünftig bei solchen Gelegenheiten fester auftreten. Sicher bedeuten derartige Betriebsstörungen für den Verband grosse Mehrauslagen, nicht zu rechnen den Verdruss und die Scherereien, die sowohl der Ab-

*) Da am letzten Basler Generalstreik wieder einzelne Kategorien des V. S. K.-Personals teilnahmen, wurden davon die Konsumvereine der ganzen Schweiz in Mitleidenschaft gezogen. Dadurch ist aber grosser Unwille entstanden, der sich nun auch im «Schweiz. Konsum-Verein» Luft machen will. Wir sind der Auffassung, dass den bezüglichen Stimmungsäusserungen die Aufnahme gewährt werden muss, dagegen sollen politische Erörterungen dabei möglichst ausscheiden. Aus letzterem Grunde mussten wir an beiden Einsendungen Streichungen vornehmen. Die Red.

teilung, als den Vereinsverwaltungen und eifrigen Lesern des «Gen. Volksblattes» daraus erwachsen. Ebenso sicher wird aber der Verband die Jahresrechnung gleichwohl günstig und normal abschliessen wollen, sodass dann die Konsumentenschaft zu guter letzt wieder das Vergnügen hat, durch erhöhte Zuschläge auf den vom Verband vermittelten Artikeln die Zeche zu bezahlen.

Wir möchten also in dieser Hinsicht auch der Leitung der Verbandsdruckerei nahelegen, mit allen Mitteln für ungestörtes Erscheinen der Verbandsblätter besorgt sein zu wollen. Sollte der Verband die eigenen Arbeiter nicht mehr beeinflussen können, so wäre allenfalls die Herstellung der Blätter in fremder Druckerei vielleicht wieder dem kostspieligen Eigenbetriebe vorzuziehen. Dies nur unsere unmassgebliche Meinung, die wir als Stimmungsbild der hiesigen Konsumentenschaft Ihnen bekannt zu geben uns verpflichtet fühlen.

Aus unserer Bewegung

Oerlikon. Der von W.-Korr. eingesandte Bericht über die Generalversammlung verdient, dass er in verschiedenen Beziehungen richtig gestellt wird. Einmal ist es nicht das 61. sondern das 42. Geschäftsjahr, das die Genossenschaft hinter sich hat. Ferner sind ausser den Fr. 1660.75 noch weitere Fr. 4000.— aus der Lösung eines Vertrages mit dem Arbeiterverein dem Reservefonds zugewiesen worden. Dann darf hervorgehoben werden, dass nebst dem Vorstand, der Vorzügliches im abgelaufenen Jahre geleistet, auch das gesamte Genossenschaftspersonal, bestehend aus 21 Personen, zu dem schönen Erfolge beigetragen hat; desgleichen vierdienen die Revisoren ebenfalls Dank, die in über 50 Sitzungen die gewaltigen Revisionsarbeiten zu erledigen hatten. Das in der eigenen Bäckerei hergestellte Brot erfreute sich nicht nur durch sorgfältige Zubereitung grosser Beliebtheit, sondern auch die gute Belieferung durch die Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine, von der wir ausschliesslich unser Mehl beziehen, hat wesentlich dazu beigetragen, den Brotumsatz rapid steigern zu helfen. Mit der Bemerkung, dass die Leistungsfähigkeit der Bäckerei leider ihren Höhepunkt erreicht habe und dass an eine baldmöglichste Erweiterung derselben gedacht werden müsse, gehe ich nicht ganz einig. Wohl hatte die Bäckerei verschiedene Male «Hochsaison», allein es bedarf noch grösserer Anstrengungen bis die Leistungsfähigkeit des Backofens am Ende ist. Bis dahin dürfen die werten Genossenschafter noch ganz getrost ihren Brotbedarf bei uns eindecken.

Leider sind dem Berichterstatter über die Generalversammlung einige grose Fehler unterlaufen, die eigentlich Schuld daran tragen, diese Erwiderung provoziert zu haben. Es macht im Genossenschaftswesen nach innen, wie nach aussen einen peniblen Eindruck, wenn eine Minderheit versucht, die Mehrheit in ihren wohldurchdachten Anträgen zu meistern. Der Bericht des Einsenders spricht sich nur über die Minderheitsanträge eigentlich näher aus, während er von den Argumenten der grossen Mehrheit der beiden Behörden schweigt. Es geht nicht an, dass eine Minderheit von 2 Personen sich erlaubt, in einem offiziellen Bericht über eine Generalversammlung ihre Anträge herauszustreichen, während diejenigen der grossen Mehrheit mit keinem Wort erwähnt werden. Eine solche Berichterstattung zeigt deutlich, dass es noch einiger genossenschaftlicher Disziplin bedarf, um die Begebenheiten so zu schildern, wie sie sich zugetragen haben. Zu dem Minderheitsantrag, der in überraschender und in nicht zu verstehender Weise, gestützt auf eine falsche Hypothese gestellt wurde, und der nachträglich auf etwas ganz anderes herauslief, als beabsichtigt war, sei bemerkt, dass er schon in seiner Entstehung zur Nichtannahme verurteilt war, denn er konnte weder die Mehrheit des Verwaltungsrates noch die einige Rechnungsprüfungskommission gewinnen. Dass ein Minderheitsantrag von 2 Personen noch vor Torschluss eingebracht wurde, deutet auf eine gewisse Zwängerei hin, der Folge zu geben nicht im Interesse der Genossenschaft gelegen hätte. Der Begründer des Mehrheitsantrages, Verwalter Fenner, hat in ausführlichen Voten die Inopportunität des Minderheitsantrages beleuchtet und die bewährten alten Genossenschafter, denen ihre Verdienste nicht abgesprochen werden können, haben sich auch auf seinen Standpunkt gestellt. Die Abstimmung ergab ein schwaches Dutzend Anhänger der Minderheit und zirka 140 annehmende Stimmen für die Mehrheit. Damit hat sich die Generalversammlung unzweideutig auf Seite des Mehrheitsantrages gestellt. Etwas befremdend muss der nachfolgende Satz des Berichterstatters wirken:

«Obwohl der Antrag (Minderheit) teilweise warme Aufnahme fand, konnte sich ein Grossteil der Mitglieder nicht zu dem gleichen, wirklich genossenschaftlichen und weitblickenden Standpunkte, sowie zu dem nötigen kleinen persönlichen Opfer aufraffen, auf 1% der Rückvergütung zu verzichten, weshalb der Mehrheitsantrag auf Ausrichtung einer Rückvergütung von 7% gutgeheissen wurde.»

Wir sehen also hier eine Anschuldigung gegen die grosse Mehrheit durch die Minderheit, wie sie nicht vorkommen sollte. Einerseits wird der erfreuliche Fortschritt konstatiert, anderseits soll der Grossteil der Mitglieder wegen seiner Annahme des Mehrheitsantrages nicht auf einem wirklich genossenschaftlichen und weitblickenden Standpunkte sein! Gerade das Gegenteil trifft zu und ich möchte einer Minderheit empfehlen, sich etwas mehr auf einen gerechten Standpunkt zu stellen. Es geht nicht an, Hunderte von Mitgliedern die einmal ihre statutarischen Rechte nach Antrag der Mehrheit der Behörden ausüben, deswegen als nicht wirklich genossenschaftlich und weitblickend zu taxieren, weil der über Bausch und Bogen eingebrachte Antrag einer Minderheit von zwei Personen nicht durchdringen konnte. Es stand der Minderheit ja nichts im Wege, die Mehrheit zu gewinnen, wenn sich diese aber nicht gewinnen lassen wollte, so hatte sie ihre guten Gründe dazu. J. Fenner.

Court. Die Einnahmen der Verkäuferin belaufen sich im Jahre 1917/18 auf Fr. 148,887.50. Der Rohüberschuss nach Abzug von Fr. 7950.20, die für Rückvergütungen zurückgestellt werden (7 %), beziffert sich auf Fr. 6744.20. Dazu kommen der Reinüberschuss vom Vorjahre in der Höhe von Fr. 1795.96 und verschiedene kleinere Einnahmen im Betrage von Fr. 528.—, so dass sich eine Gesamteinnnahme von Fr. 9068.16 ergibt. Davon gelangen in Abzug die Einlage in den Reservefonds aus dem Reinüberschuss des Vorjahres (Fr. 1000.—) und die Betriebskosten (Fr. 6078.66). Es verbleibt somit ein Reinüberschuss von Fr. 1989.50. Von diesem Betrage fliessen Fr. 1000.— dem Reserfonds zu; Fr. 700.— werden den Angestellten ausgerichtet und Fr. 289.50 auf neue Rechnung vorgetragen. Der Verein, der vor einigen Jahren die Form einer Genossenschaft angenommen hat, steht unter vorzüglicher Leitung. Dafür bildet die Vermögensaufstellung einen guten Beweis. Sie enthält an Aktiven Fr. 2985.70 Guthaben bei der Berner Kantonalbank, Fr. 2064.05 Kassasaldo, Fr. 22,7000.— Warenvorräte, Fr. 8700.— Ausstände, Fr. 10.— Mobilien, an Passiven Fr. 12,912.65 Kreditoren, Fr. 5200.— Obligationen, Fr. 1757.60 Anteilscheine, Fr. 15,600.— Reservefonds und Fr. 989.50 unverteilter Reinüberschuss.

Mümliswil. Der Umsatz belief sich im Berichtsjahre, umfassend die Zeit vom 7. Januar 1918 bis zum 6. Januar 1919, auf Fr. 171,413.35, und überstieg damit den vorjährigen Umsatz um Fr. 4097.05. Die Mitgliederzahl erhöhte sich um 12 und belief sich am Schlusse des Jahres auf 285. Der Reinüberschuss aus dem Warenverkauf beziffert sich auf Fr. 11,447.42, der Reinüberschuss der Bäckerei auf Fr. 9.80. Vom Vorjahre wurden Fr. 1057.05 vorgetragen, ferner die Abschreibungen auf den Warenvorräten und Buchguthaben im Betrage von Fr, 5923.—. Es ergibt sich damit eine Gesamteinnahme von Fr. 18,437.27. Anderseits erforderten die Zinsen Fr. 2323.35. Auf den Liegenschaften wurden Fr. 427.78, auf den Mobilien Fr. 250.— abgeschrieben, ferner auf Warenvorräten und Buchguthaben Franken 6483.— (10%). Der Reinüberschuss beläuft sich somit auf Fr. 8953.14. Dem Reservefonds sollen Fr. 1008.—, dem Dispositionsfonds Fr. 570.—, dem Baufonds Fr. 1000.— und dem Warenamortisationsfonds Fr. 2000.— zugewiesen werden, dem Präsidenten und der Betriebskommission eine Gratifikation von je Fr. 200.— ausgerichtet, den Mitgliedern Fr. 3200.— (10%) rückerstattet und Fr. 775.14 auf neue Rechnung vorgetragen werden. Die Vermögensrechnung weist folgende Zusammensetzung auf: Lager Fr. 54,974.65, Liegenschaft Fr. 13,200.—, Mobilien Fr. 200.—, Kontokorrentdebitoren Fr. 10,447.15, Buchguthaben Fr. 9862.46, Wertschriften Fr. 2140.—, Reservefonds Fr. 20,000.—, Dispositionsfonds Fr. 1700.—, Baufonds Fr. 2000.—, Warenamortisationsfonds Fr. 6000.—, Anleihen Fr. 16,600.—, Obligationen Fr. 5150.—, Saldo des Verkaufslokals Fr. 1495.91, Marchzinsen Fr. 421.50, Abschreibungen auf Waren und Buchguthaben Fr. 6483.—, Schuld an den V. S. K. Fr. 25,156.43, Kassenpassivsaldo Fr. 1442.28, unverteilter Reinüberschuss Franken 4,375.14.

Verbandsnachrichten

Umsatz des V. S. K.

Der Umsatz des V. S. K. erreichte im Juli a. c.

Fr. 13,022,395.20

gegenüber Fr. 12,406,236.23 im Juli 1918. Die Zunahme beträgt somit Fr. 616,158.97 oder 4,96%.

Redaktionsschluss: 28. August.

Schweiz. Volksfürsorge

Volksversicherung auf Gegenseitigkeit

Die Mitgliedschaft bei der Volksfürsorge

wird erworben durch Abschluß einer Lebensversicherung entweder

nach **Tarif 1,** mit ärztlicher Untersuchung (Versicherungssumme Fr. 500.— bis Fr. 10,000), oder

nach **Tarif 2,** ohne ärztliche Untersuchung (Versicherungssumme Fr. 100.— bis Fr. 5,000.—).

Billige Prämien.

Bei vierteljährlicher oder monatlicher Prämienzahlung ist im Todesfalle die Prämie nicht bis zum Ende des Versicherungsjahres, sondern nur bis zum Schlusse des betreffenden Quartals oder Monats zu entrichten.

Sparsame und billige Verwaltung

durch engen Anschluß der Geschäftstätigkeit an Konsumvereine und berufliche Organisationen.

Rechnungs-Überschüsse

werden ausschließlich zu Gunsten der Mitglieder verwendet (Ermäßigung der Prämien).

Prospekte stehen bei den Konsum-Vereinen und bei der Zentral-Verwaltung der Anstalt, Tellstraße No. 58, Basel, zur Verfügung

Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel

Eigenpackungen

Die Eigenpackung V. S. K.

garantiert gegen willkürliche Preise der Fabrikanten, ein Mittel zur Befreiung der Konsumenten von den teuren Markenartikeln;

ist bei gleicher Qualität der Produkte billiger als die Konkurrenz;

bringt eine Vereinfachung in den Betrieb der Vereine, indem sich dessen Organe nicht mehr mit einer ganzen Anzahl von verschiedenen Marken unnützerweise abzumühen brauchen;

ist eine kostenlose Propaganda für das Genossenschaftswesen, sie macht die Konsumenten auf die Genossenschafts-Produkte, statt auf Privat-Geschäfte aufmerksam;

erspart den Konsumenten die Kosten für teure Luxuspackungen;

bedeutet eine Vorarbeit zur Lösung des sehr wichtigen Problems der Eigenproduktion. — Der V. S. K. macht sich von fremden Marken frei, gewöhnt die Konsumenten an seine eigene Packung mit Schutz-Marke und konzentriert seinen Umsatz in rationellster Weise.

Die Eigenpackungen des V. S. K. sind alle mit der

Schutzmarke

versehen!